

50 Jahre »mit uns«: Die 51. Bezirkskonferenz der IG Metall in Baden-Württemberg

Geschichte und Zukunft

Mit vielen Prominenten, Politikern wie IG Metallern/innen, beging der Bezirk Baden-Württemberg seinen 50. Geburtstag im Rahmen der 51. Bezirkskonferenz in Karlsruhe.

Der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel bekannte: »Ich bin in diesem Bezirk politisch geformt und geprägt worden.« Dieser Bezirk habe es verstanden, innerhalb der IG Metall eine herausgehobene, ganz außergewöhnliche Rolle zu spielen. Neben der Wirtschaftsentwicklung hätte dies vor allem mit den Bezirksleitern zu tun. Zwickel nannte an erster Stelle Willi Bleicher und Franz Steinkühler. Der Bezirk Stuttgart habe immer über den Tellerrand der Gewerkschafts- und Tarifpolitik hinaus auf drängende Probleme der Zeit geblickt und die Stimme erhoben, wenn politische Fragen im Interesse der Beschäftigten zu beantworten waren.

Ministerpräsident Erwin Teufel rechnete Willi Bleicher zu den

großen und herausragenden Persönlichkeiten des Landes. Die IG Metall bezeichnete der Ministerpräsident als eine Institution, die sich große Verdienste um den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg erworben habe. Die Beschäftigung sei die »Priorität Nummer eins« für die Landesregierung, »für die ich meine meiste Arbeitszeit aufwende«, so Teufel.

Der scheidende VMI-Chef Klaus Fritsche nannte »bei aller Kritik« den Flächentarifvertrag das richtige Instrument. Es benötige starke Tarifpartner, dieses »auf die Höhe der Anforderungen der Zeit« zu bringen.



Bezirksleiter Berthold Huber blickte in seinem Rechenschaftsbericht in die Zukunft. Was ihn umtreibe, so Huber, sei folgendes: »Unsere Lohn- und Gehaltstarifverträge laufen bis Ende Februar 2002. Vorher werden Ende 2001 das Urlaubsabkommen, die Entgeltfortzahlung und

Gruppenbild mit historischer Dimension – Bezirksleiter und Vorsitzende einst und heute: v.l. Ernst Eisenmann, Gerhard Zambelli, Hans Mayr, Franz Steinkühler, Klaus Zwickel und Berthold Huber

das Weihnachtsgeld zur Kündigung fällig Ende dieses Jahres ist der Manteltarif (ohne Arbeitszeit) kündbar. Vom Lohnrahmen II und anderen Dingen ganz zu schweigen.« Weitere Themen seien offen: die Fragen der Arbeitszeitgestaltung und die Umwandlung von Entgeltbestandteilen zur Altersversorgung, dazu der Entgeltrahmen.

Huber: »Ich bezweifle, dass wir jetzt anderthalb Jahre Zeit hätten zur Diskussion unserer mittelfristigen Tarifpolitik.« Wenn die Wirtschaft weiter so boome, steige das Verlangen nach mehr Einkommen und qualitative Fragen würden auf die lange Bank geschoben. Huber: »Ich plädiere dafür, dass wir uns jetzt überlegen, ob wir nicht im nächsten Jahr in der Lage sind, die qualitativen Fragen des Entgeltrahmens und möglicherweise auch die Qualifizierung anzupacken.« ◀

Tarifrunde bei Textil und Bekleidung hat begonnen

Erster heftiger Schlagabtausch

Die Tarifrunde in der Textil- und Bekleidungsindustrie hat begonnen. In der ersten Verhandlung Anfang August kam es bereits zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen den Arbeitgebern und der IG Metall.

Die Arbeitgeber reagierten mit Gegenforderungen auf die Forderungen der IG Metall. So wollten sie eine Öffnungsklausel für abweichende Regelungen beim Lohn und Gehalt auf betrieblicher Ebene, sagte Rudi Neidlein, Verhandlungsführer für die IG Metall Baden-Württemberg. Weiter wollten sie auch eine Erfolgsorientierung beim Weihnachts-

geld, mit anderen Worten, so sagte Rudi Neidlein: »Die Arbeitgeber wollen mit diesem Tarifabschluss betriebliche Lohnsenkungsprogramme durchsetzen.« Dabei scheint die Konjunktursonne mittlerweile auch kräftig auf die Textil- und Bekleidungsbetriebe.

Auch die anderen baden-württembergischen Vertreter in der Verhandlungskommission brachten kein Verständnis für die Haltung der Arbeitgeber auf. Boss-Betriebsratschef Antonio Simina: »Bei uns wurde ein Umsatzplus von rund 15 Prozent erzielt, Tendenz weiter steigend.«

Neben ihm sind mit dabei Marianne Lutz (Steiff), Wolfgang Schwarz (Hartmann Heidenheim) und Franz Simon (KBC Lörrach). Im August fanden nach Redaktionsschluss zwei weitere Verhandlungen statt. Die IG Metall fordert ein Volumen von fünf Prozent, innerhalb dessen neben Einkommensverbesserungen auch eine Tarifvertrag zur Altersteilzeit verwirklicht werden soll. Außerdem sollen die Azubis für zwölf Monate übernommen werden.

Aktuelle Infos in den Tarifflugblättern und im Internet unter <http://www.igmetall.de>. ◀

Tatort Betrieb: Arbeitsschutztag für Ulm und Friedrichshafen

Gefährliche Kühlschmierstoffe

Drei Jahren schon führen die Verwaltungsstellen Friedrichshafen und Ulm in ihrer Region ihren jährlichen Arbeitsschutztag durch. Diese Tagung erfreut sich eines hohen Interesses bei Betriebsräten und ist zu einer festen Größe geworden. Thema: Kühlschmierstoffe.

Neben den Fachreferenten Dr. Fritz Kalberlah und Dr. Max Geray, die zum Thema Umgang mit Kühlschmierstoffen und Aufgaben der Betriebsräte referierten, waren Vertreter der Arbeitsschutzbehörde, der Berufsgenossenschaft, des Arbeitgeberverbandes und der Industrie- und Handelskammer anwesend. Zudem war ein Vertreter des Verbandes der Deutschen Schmierstoffindustrie eingeladen worden.

Eine Tendenz ist festzustellen: Neben den unterschiedlichen Positionen in den verschiedenen Organisationen gibt es auch eine



Kühlschmiermittel:
Schädlich für die Haut

Ebene der Zusammenarbeit zwischen ihnen.

Am deutlichsten trat dies im Vortrag von Christian Eckert als Vertreter des Verbandes der Schmierstoffindustrie zu Tage. Er unterbreitete den Betriebsräten das Angebot, bei ungenauen Angaben in Sicherheitsdatenblättern sich an den Verband der Schmierstoffindustrie zu wen-

den. Der Verband werde sich bei Mitglieds- wie Nichtmitgliedsfirmen darum kümmern, dass Unklarheiten aufgelöst werden. Außerdem sei es möglich, über den Verband auf Betriebsversammlungen zum Thema Kühlschmierstoffe aufzuklären und betriebliche Schulungen durchzuführen. Auch sei der Verband dabei, Checklisten von Kühlschmierstoffen mit ungefährlichen Komponenten zu erstellen.

Ähnlich lautete das Angebot einer Landesgewerbeärztin. Sie wies mehrfach darauf hin, dass man die Landesärzte fordern sollte, um mit deren Fachwissen Hauterkrankungen präventiv zu vermeiden. Dies sei bei einer guten Wartung der Kühlschmierstoffe möglich. Der Vertreter der IHK schlug vor, ein

Netzwerk der verschiedenen Organisationen zu schaffen, um gemeinsam einen möglichst gesundheitsverträglichen Umgang mit Kühlschmierstoffen weiterzuentwickeln.

Der Arbeitsschutztag soll im nächsten Jahr wieder durchgeführt werden. Das Thema der nächsten Aktion »Tatort Betrieb« sind psychische Belastungen am Arbeitsplatz. Diese Aktion wird Anfang 2001 gestartet.

Wer Kontakt zum Verband der Schmierstoffindustrie aufnehmen will, kann dies unter den folgenden Adresse tun: Verband der Schmierstoffindustrie, Christian Eckert, Firma Castrol, Telefon 063 41/98 12 99.

Nachruf

► **Edgar Schmidt ist tot:** Die IG Metall in Baden-Württemberg trauert um ihren langjährigen Bezirkssekretär und Pressesprecher. Soziales Engagement, unterschiedenes Eintreten für soziale Gerechtigkeit verbunden mit dem Kampf gegen Unrecht und Ausgrenzung kennzeichneten sein Wirken. Edgar Schmidt, 1930 im Saarland geboren, lernte diesen Beruf aus, bis ihm gekündigt wurde, weil er sich für seine Kolleginnen und Kollegen eingesetzt hatte. So kam er schließlich Anfang der 60er Jahre zur IG Metall nach Ludwigsburg und wurde 1969 dort zum Ersten Bevollmächtigten gewählt. 1979 holte ihn Franz Steinkühler in die Bezirksleitung nach Stuttgart, wo er bis 1993, als er in den Ruhestand trat, in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Maßstäbe setzte. Edgar Schmidt liebte das Leben und er kämpfte immer darum, das Leben für die Menschen lebenswert zu gestalten. So kämpfte er auch gegen seine schwere Krankheit und musste diesen letzten Kampf kurz nach seinem 70. Geburtstag doch verlieren. ◀

SMUV und IG Metall: Zweites grenzüberschreitendes Seminar

Die Zusammenarbeit wird intensiver

Die Zusammenarbeit zwischen der Schweizer Gewerkschaft SMUV und der IG Metall wird intensiver. Zum zweiten Mal trafen sich beide Gewerkschaften, um die grenzüberschreitende Arbeit weiter zu verbessern. Ein Auszug aus der SMUV-Zeitung über das Seminar:

Thema war unter anderem die Mitgliederwerbung der SMUV im Handwerk, in der Schweiz Gewerbe genannt, unter den Jugendlichen und den jungen Beschäftigten. Dies stieß bei den IG Metallern auf großes Interesse. Bärbel Kirsch von der Heidenheimer IG Metall meinte: »Wir können etwas von der SMUV-Werbung lernen.«

Weiteres Thema waren die

Beziehungen zwischen Industriebetrieben, die grenzüberschreitend tätig sind. Es werden nun Kontakte aufgebaut, egal, ob die Betriebe bereits über europäische Betriebsräte verfügen oder ob noch keine Strukturen bestehen. Die beiden Gewerkschaften helfen beim Kontakt knüpfen und leisten Koordinationsarbeit. Innerhalb von zwei Jahren sollen pro Region Verbindungen zu mindestens zwei Betrieben aufgebaut werden.

Im Bereich des Handwerks werden zunächst Gespräche zwischen den Branchenverantwortlichen geführt. Beispielsweise wurde festgestellt, dass Beschäftigte, die für längere Zeit in die Schweiz geschickt werden,

höhere Löhne als in Deutschland üblich einfordern können. Das hängt mit der Allgemeinverbindlichkeit der Schweizer Regelungen zusammen. IG Metall und SMUV wollen dazu ein Informationsblatt vorbereiten.

Die SMUV legt großen Wert auf die länderübergreifende Zusammenarbeit mit der IG Metall in Baden-Württemberg. Denn: Viele Aufgaben lassen sich längstens nicht mehr im Alleingang lösen. Die Richtlinien der Europäischen Metallgewerkschaft etwa legen fest, dass eine Länder übergreifende Tarifpolitik betrieben werden soll. Ziel: gleichartige Arbeitsbedingungen kontra Lohndumping. ◀

Zum Artikel »400 Gerichtsverfahren - Aber Bimbos für Kohl«, Ausgabe Mai 2000

Gegendarstellung von Wetzel, Mannheim

Zu dem Artikel über die Firma Wetzel in Mannheim unter der Überschrift »400 Gerichtsverfahren - Aber Bimbos für Kohl« in der Ausgabe von **metall** Baden-Württemberg im Mai 2000 erreichte uns eine Gegendarstellung des Geschäftsführers Alfred Wetzel. Wir drucken sie im Wortlaut:

»Es wird behauptet, dass viele der Arbeitnehmer ihre Löhne über den Gerichtsvollzieher betreiben mussten. Richtig ist, dass nach erstinstanzlichen Urteilen, die vom Bundesarbeitsgericht nicht bestätigt wurden, vollstreckt worden ist. Die betreffenden Arbeitnehmer mussten die Beträge wieder zurückzahlen.

Es wird behauptet, dass Anwälte und Einigungsstellenvorsitzende Probleme haben, ihre Honorare zu bekommen.

Richtig ist, dass nur in einem einzigen Fall mit dem Vorsitzenden der Schiedsstelle über die Anzahl der abgerechneten Arbeitsstunden gestritten wurde. Ansonsten sind wir unseren Zahlungsverpflichtungen umgehend nachgekommen.



Alfred Wetzel, Geschäftsführer von Wetzel in Mannheim

Es wird behauptet, die ordnungsgemäße Zahlung des Weihnachtsgeldes musste erkämpft werden.

Richtig ist, dass nach Gründung des Betriebsrates die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer über Jahre hinweg Weihnachtsgelder - auch für 1995 - nach tarifvertraglichen Regelungen eingeklagt haben. Hierzu hat das Bundesarbeitsgericht in verschiedenen Urteilen am 10. 12. 1997 festgestellt, dass ein solcher Anspruch nur einigen sehr wenigen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer

zusteht und dass darüber hinaus die eingeklagten Beträge zu hoch waren. Es ist daher nicht richtig, dass sämtliche Klagen sowohl dem Grunde nach als auch der Höhe nach berechtigt waren.

Weihnachtsgelder sollen nach dem »Gießkannenprinzip« verteilt worden sein.

Richtig ist, dass wir solche Sonderzahlungen nach den Bewertungskriterien Betriebszugehörigkeit, Leistungsbereitschaft, Leistung und Anwesenheit seit 1972 gewähren. Hierzu hat das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg mit Urteil vom 18. 02. 1997 festgestellt, dass zum einen ein Tarifanspruch nicht besteht und wir darüber hinaus auch nicht gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstoßen haben.

Die Arbeit des Betriebsrates und der IG Metall soll behindert worden sein.

Richtig ist, dass bisher keinerlei Aktivitäten stattfanden, die auch nur ansatzweise den Interessen des Unternehmens und der nicht organisierten Arbeitnehmer dienen und wir bislang auch

noch keinen Versuch einer Zusammenarbeit feststellen konnten.«

Mannheim, den 10. 07. 2000
EMS A. Wetzel GmbH & Co.
KG, Alfred Wetzel

Nach dem Presserecht sind wir verpflichtet, Gegendarstellungen unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt abzudrucken. Die Redaktion bleibt bei ihrer Darstellung.

Termine

► **Aktionsbündnis gegen Republikaner-Parteitag:** Am 18. und 19. November 2000 wollen die Republikaner ihren Bundesparteitag in Winnenden im Kreis Waiblingen abhalten. In der Stadt formiert sich bereits breiter Protest gegen diesen Parteitag: Das Aktionsbündnis ruft dazu auf, sich an Aktionen und Veranstaltungen gegen den Republikaner-Parteitag zu beteiligen. Für den 18. November ist eine Demonstration für Frieden, Toleranz und Demokratie geplant. Weitere Infos über geplante Veranstaltungen beim DGB-Kreis, Ilse Englert, Fronackerstraße 60, 71332 Waiblingen. ◀

► **Energiepolitische Reihe der IG Metall Ulm:** »Die Energiewende schafft Arbeitsplätze« - unter diesem Motto veranstaltet die IG Metall in Ulm eine Reihe von Veranstaltungen. Am 12. September spricht der bekannte Journalist Franz Alt zum Thema »Sonne statt Atom«. Am 5. Oktober steht eine kritische Bilanz zur Kernenergie an; Referent ist Buchautor Holger Strohm. Am 24. Oktober steht ein nahes AKW im Mittelpunkt - Motto »Tschernobyl und Gundremmingen, Lehren aus der Katastrophe?«. Beginn jeweils 17 Uhr bei der IG Metall, Weinhof 23, 89073 Ulm, Telefon 0731/96606-0.

Porsche Stuttgart-Zuffenhausen: Lange Verhandlungen

Arbeitsplätze bis 2005 gesichert

Nach langen Verhandlungen ist es dem Betriebsrat von Porsche und der IG Metall in Stuttgart gelungen, die Arbeitsplätze auf viele Jahre hinaus zu sichern.

Die Eckpunkte der Betriebsvereinbarung sehen vor:

Die Arbeitsplatzbasis für das Werk Stuttgart-Zuffenhausen ist bis ins Jahr 2010 gesichert mit der Zusage, dass Nachfolge-Modelle der heutigen 911er und Boxster dort gefertigt werden sollen.

Die Zahl der Arbeitsplätze bleibt bis ins Jahr 2005 auf dem

heutigen Niveau bestehen. Die Auszubildenden werden ebenfalls bis 2005 unbefristet übernommen. Die Arbeitsplätze von Altersteilzeiter/innen werden auch unbefristet wieder besetzt.

Der Porsche-Vorstand sicherte umfangreiche Investitionen zu und wird in Zuffenhausen ein neues Motorenwerk bauen.

Im Gegenzug kann der Vorstand bei hoher Nachfrage maximal sechs Sonderschichten pro Jahr an Samstagen verlangen. Die Lage der Samstage muss mit dem Betriebsrat vereinbart werden,

außerdem werden die entsprechenden Zuschläge fällig. Für 190 Beschäftigte der Mechanischen Fertigung wurde ebenfalls eine Vereinbarung über Arbeit an Samstagen getroffen. Regelarbeit am Samstag gibt es dennoch weiterhin nicht, wie es der Porsche-Vorstand ursprünglich wollte.

Der Betriebsratsvorsitzende Uwe Hück zeigte sich zufrieden mit dem Ergebnis: »Es hat sich gezeigt, dass ein Standort auch gesichert werden kann, ohne die Tarifverträge zu Ungunsten der Beschäftigten zu unterlaufen.«